presse

Verbindliche Frauenquote – Rückenwind aus Europa

Anlässlich eines Fachgespräches mit der EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft Viviane Reding im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erklären die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik Christel Humme:

Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz, Bürgerrechte und Bürgerschaft, ist davon überzeugt, dass Freiwilligkeit zur Förderung von Frauen in Führungspositionen nicht ausreicht. Vor allem in den Länder der Europäischen Union, die bereits eine gesetzliche Quote eingeführt haben, ändert sich der Frauenanteil in Führungspositionen schneller als in den Ländern, die auf Freiwilligkeit setzen. Damit bestätigt sie die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einer verbindlichen Frauenquote.

Das häufig genannte Argument gegen eine Quote, es gäbe nicht genug qualifizierte Frauen, widerlegte sie vehement. Im März 2012 wird sie über ihre Selbstverpflichtung "Frauen in Vorständen - Verpflichtung für Europa" Bilanz ziehen. Haben die Unternehmen bis dahin nicht mehr Frauen in den Aufsichtsrat oder den Vorstand berufen, dann wird sie eine gesetzliche Regelung für die Aufsichtsräte auf den Weg bringen. Die Zuständigkeit für eine Quotierung von Vorständen sieht sie im Bereich der EU-Staaten. Dies ist eine eindeutige Aufforderung an die Bundesregierung, tätig zu werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher auch weiterhin eine gesetzliche Quote von mindestens 40-Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände.